

PROTOKOLL

der 36. Sitzung des Sozialausschusses vom 14.11.2018

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Sitzungsort: Neues Rathaus, Raum 7

Feststellung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses:

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung 6 Mitglieder anwesend, von 5 beratenden Mitgliedern sind 2 anwesend, von 4 sachkundigen Bürgern sind 3 anwesend.

Damit ist der Sozialausschuss zu Beginn der Sitzung beschlussfähig.

A) Nichtöffentlicher Teil (TOP 1)

B) Öffentlicher Teil

Herr Jähne und Frau Messerschmidt kommen um 17:10 Uhr. Damit sind jetzt 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Abstimmung über das Rederecht in öffentlicher Sitzung

Dem Rederecht für Frau Straube zum TOP 4 wird konkludent zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung

Der Tagesordnung wird konkludent zugestimmt.

TOP 2. Behandlung von Anfragen entsprechend § 24 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)

Anfragen werden nicht gestellt.

TOP 3. Informationen durch die Ausschussvorsitzende:

Frau Leukefeld begrüßt die neue Leiterin des Sozialamtes, Frau Straube.

Beschlussfassung über das Protokoll der 35. Sitzung des Sozialausschusses am 10.10.2018

Abstimmung über die Niederschrift vom 10.10.2018:	3	Ja-Stimmen
	0	Nein-Stimmen
	4	Enthaltungen

von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses.

Damit ist das Protokoll der Sitzung vom 10.10.2018 bestätigt (Beschluss-Nr. 09/18).

TOP 4. Information zur Haushaltsdurchführung des Sozialamtes der Stadt Suhl

Frau Straube stellt die Haushaltsplanung 2018 und die finanzielle Entwicklung von 2013 bis 2017 für ausgewählte Leistungen des Sozialamtes der Stadt Suhl vor. Ihre Präsentation geht den Mitgliedern des Sozialausschusses per E-Mail zu.

Herr Müller: fragt an, ob die Eingliederungshilfe erstattet wird.

Frau Straube: erläutert, dass es keine direkte Erstattung so wie bei der Grundsicherung oder der Kosten der Unterkunft im SGB II seitens des Landes oder Bundes für die Stadt Suhl gibt.

Herr

Turczynski: ergänzt, dass ggf. eine Erstattung über den kommunalen Finanzausgleich erfolgt, sich aber der finanzielle Anteil dort nicht herausrechnen lässt.

Frau Vestner: rechnet in der Eingliederungshilfe mit einem deutlichen Anstieg der Kosten. In Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ist mit der vermehrten Anmietung von Wohnungen zu rechnen, die an Mieter mit Anspruch auf Eingliederungshilfe weitervermietet werden.

Frau

Leukefeld: nimmt den Hinweis auf, gerade beim Neubau von Immobilien die spätere Nutzung im Vorfeld zu prüfen.

Frau Vestner: verweist darauf, dass überwiegend Wohnungen zu diesem Zweck angemietet werden.

Frau

Leukefeld: schlägt vor, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss zu besprechen.

Frau

Leukefeld: fragt an, ob die 233 benannten Fälle bei Grundsicherung im Alter alle Fälle dieser Leistungsart sind.

Frau Straube: erläutert, dass in dieser Fallzahl beide Personenkreise (Grundsicherung im Alter und Erwerbsgeminderte) erfasst sind.

Frau

Leukefeld: fragt an, wie viele ausländische Mitbürger Sozialtransferleistungen nach dem SGB II und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Frau Straube: wird die Fallzahlen ermitteln und im nächsten Ausschuss mitteilen.

Herr Stiehler: fragt an, ob die Leistungen für die Hilfe zur Pflege ergänzende Ausgaben für die Zuzahlung bei Heimunterbringung sind und wie hoch der finanzielle Anteil für die ambulante Pflege ist.

Frau Straube: erläutert, dass eine verschwindend geringe Anzahl an Fällen Leistungen für ambulante Pflege erhält. Dargestellt wurde in der Präsentation der reine städtische Zuschussbedarf.

TOP 5. Information zum Stand der Umsetzung des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen

Herr Turczynski teilt mit, dass das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Die Stadt Suhl hat fristgerecht zum 15. November 2018 den Antrag auf Förderung aus der Richtlinie des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) beim zuständigen Ministerium eingereicht. Der Antragseingang wurde seitens des Ministeriums bereits bestätigt. Die Antragstellung kann in drei Stufen erfolgen. Die Stadt Suhl beantragt die Förderung in der Stufe 2. Gegenstand des Antrags ist in dieser Stufe die Fortführung der Bestandsprojekte und die Förderung von Planungsleistungen. Für das Familienzentrum „Die Insel“, die Ehe-, Erziehungs-, Familien- und Lebensberatungsstelle, der Seniorenbeirat/-beauftragte sowie das Modellprojekt „Senioren helfen Senioren in Suhl und Zella-Mehlis e. V.“ wurde die Förderung als Bestandsprojekte beantragt. Diese unterliegen für die nächsten 2 Jahre dem Bestandsschutz. Für die Umsetzung der Planungsleistungen hat die Stadt Suhl Fördermittel für eine halbe Personalstelle und Sachkosten beantragt. Der Planer wird aktiv den Prozess der Erarbeitung der integrierten Sozialplanung gestalten und als Schnittstelle zwischen allen Beteiligten agieren. Eine der ersten Aufgaben wird die Ist-Analyse des Bestands an sozialen Leistungen in der Stadt Suhl sein. In der Stufe 2 stehen für die Stadt Suhl Fördermittel für die Bestandsprojekte zuzüglich der Fördermittel für die Planungsleistungen zur Verfügung. Mit Erreichen der Stufe 3 (Vorlage des integrierten Sozialplans) kann die Stadt Suhl, die für sie bereitstehenden Fördermittel aus dem LSZ vollumfänglich in Anspruch nehmen. Wobei mit Erreichen der Stufe 3 auch die Planungskosten daraus zu finanzieren sind.

Seitens der Verwaltung ist eine sog. Lenkungsgruppe für die Umsetzung des LSZ eingerichtet. Dazu gehören der Bürgermeister, die Leiterin des Sozialamtes, der Leiter des Jugend- und Schulverwaltungsamtes und die Sozial- und Jugendhilfeplanerin der Stadt Suhl. Die Lenkungsgruppe schlägt vor, eine Arbeitsgruppe LSZ, bestehend aus jeweils einem Mitglied des Sozial- und Jugendhilfeausschusses, sowie zwei Vertretern der freien Träger und der Planungsfachkraft LSZ ins Leben zu rufen. Die Arbeitsgruppe LSZ wird maßgeblich an der Erarbeitung des integrierten Sozialplans beteiligt sein. Der Jugendhilfeausschuss wird in einer seiner nächsten Sitzung informiert.

Frau

Leukefeld: bittet die Verwaltung um die Vorlage eines Zeitplans zur integrierten Sozialplanung, ggf. auch als Grundlage für Beschlussfassungen des Sozialausschusses.

Herr

Turczynski: erklärt, dass im Planungsprozess die Ausschüsse über den Arbeitsstand informiert werden. Das beinhaltet auch die Vorstellung des Ist-Standes und der Ergebnisse aus der Bedarfsermittlung. Über den integrierten Sozialplan wird letztendlich der Stadtrat spätestens im Jahr 2020 entscheiden.

Frau

Leukefeld: schlägt vor, die Planung des Prozesses zur Erarbeitung des integrierten Sozialplans in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses vorzustellen. Dann sollte auch darüber gesprochen werden, welche freien Träger in der Arbeitsgruppe LSZ vertreten sein sollten.

Herr

Turczynski: regt an, zusammen mit der Benennung des Ausschussmitglieds für die Arbeitsgruppe LSZ auch einen Vorschlag für die dort vertretenen Mitglieder freier Träger zu erarbeiten.

Herr Müller: fragt an, ob auch Projekte der Kinder- und Jugendarbeit in der integrierten Sozialplanung berücksichtigt werden.

Herr

Turczynski: gefördert wird aus dem Rechtskreis SGB VIII bisher lediglich die Ehe-, Erziehungs-, Familien- und Lebensberatungsstelle. In den Handlungsfeldern des LSZ sind in der integrierten Sozialplanung alle Leistungen und Angebote für Familien unabhängig von ihrer Finanzierung abzubilden.

TOP 6. Information über die Beratung mit niedergelassenen Ärzten/KV im SRH Zentralklinikum

Herr Jähne erläutert, dass die Entwicklung des Fortbestandes an niedergelassenen Ärzten in Suhl ein Thema ist, was Suhler Bürger und auch die Ärzte selbst bewegt. Die Beratung war als Vorgespräch mit einem ausgewählten, jedoch breit angelegten Teilnehmerkreis zur Situation der niedergelassenen Ärzte angelegt. Hierbei wurde festgestellt, dass die Thematik der medizinischen Versorgung in Suhl ein komplexes Thema ist, welches sowohl durch die niedergelassenen Ärzte, durch die Fraktionen als auch durch den, für dieses Thema zuständigen Sozialausschuss besprochen werden muss. Einzubeziehen sind hier auch die kassenärztliche Vereinigung Thüringen sowie die SRH Poliklinik. In den letzten Jahren hat sich auch ein Spannungsfeld zwischen der SRH Poliklinik und den niedergelassenen Ärzten entwickelt. Dabei ist ein wichtiger Punkt die Problematik der Praxisnachfolge und die damit verbundene Suche von geeigneten Nachfolgern innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Erfolgt in diesem Zeitraum keine Nachbesetzung, fällt der Arztsitz für Suhl weg. Auch die territoriale Zuordnung in den großen Planungsbereich der kassenärztlichen Vereinigung für die Verteilung der Arztsitze und damit verbundener weiterer Wege für Suhler Bürger wird zukünftig ein Thema sein.

Frau

Leukefeld: weist darauf hin, dass die medizinische Versorgung der Stadt Suhl einer der Beratungsgegenstände des Sozialausschusses ist. Durch den Hauptausschuss erging bereits die Aufforderung an den Sozialausschuss in einer seiner Sitzungen, möglichst im Januar, zu diesem Thema zu beraten.

Frau Habelt: erläutert, dass in dem Gespräch mit den niedergelassenen Ärzten bzgl. der Nachbesetzung von Arztsitzen deutliche Unterschiede zu den seitens der SRH Poliklinik in der Septembersitzung des Sozialausschusses vorgestellte Verfahrensweise festgestellt wurden. Aktuell ist es nicht gelungen, einen Sitz einer Kinderarztpraxis nachzubesetzen.

Auch weist sie auf die derzeitige Praxis bei Notdiensten hin. Es besteht bei Nacht-Notdiensten für die Ärzte die Möglichkeit am nächsten Tag ihre Praxis zu schließen. Im Hinblick auf die notwendige Versorgung ihrer Patienten verzichten die Ärzte darauf und öffnen übermüdet ihre Praxen.

Herr Dr.

Wurschi: schließt sich Frau Habelts Ausführungen an und bittet darum, hier die Aufgabe des Sozialausschuss, vermittelnd für die medizinische Versorgung im Sinne der Suhler Bürger einzugreifen, wahrzunehmen. Die niedergelassenen Ärzte haben den Wunsch geäußert, ein gemeinsames Gespräch mit den Ärzten der SRH Poliklinik zu führen.

Frau

Leukefeld: schlägt vor, hierzu das Gespräch mit den Beteiligten zu suchen. Hierzu sollte auch die Amtsärztin eingeladen werden. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringens wurde eine Übersicht der Altersstruktur der niedergelassenen Ärz-

te in Suhl angefordert. Diese geht den Mitgliedern des Sozialausschusses per E-Mail zu.

Aktuell wurde darüber informiert, dass für einen pflegebedürftigen älteren Bürger kein Hausarzt gefunden wurde, der bereit ist Hausbesuche bei diesem Patienten zu machen.

Herr Dr.

Wurschi: weist darauf hin, dass in der Statistik keine Zahnärzte enthalten sind.

Frau

Leukefeld: sichert zu, die Statistik entsprechend zu ergänzen.

Frau Habelt: bittet um einen gemeinsamen Termin mit allen Beteiligten.

Frau

Leukefeld: schlägt vor, in einer Sitzung des Sozialausschusses zu diesem Thema Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung Thüringens, der SRH Poliklinik, der niedergelassenen Ärzte und die Suhler Amtsärztin einzuladen.

Herr Müller: berichtet, dass in Veranstaltungen des Seniorenbeirats bereits Versuche unternommen wurden, Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung, der SRH Poliklinik und der niedergelassenen Ärzte an einen Tisch zu bekommen. In zwei Veranstaltungen fehlten dabei die Vertreter der niedergelassenen Ärzte. Deshalb spricht er sich gegen den Vorschlag aus.

Herr Jähne: spricht sich dafür aus, alle Beteiligten rechtzeitig zu informieren und das Thema seitens des Sozialausschusses weiter zu verfolgen. Eine Sitzung gemeinsam mit den Vertretern der Beteiligten erachtet er als sinnvoll. Er schlägt dafür einen späteren Termin als die Sitzung im Januar vor.

Frau

Leukefeld: schlägt vor in der Sitzung im Januar den Teilnehmerkreis und die zu behandelnden Themen zu besprechen. In der Sitzung im Februar kann dann die Beratung mit den Beteiligten auf die Tagesordnung genommen werden.

Frau Leukefelds Vorschlag stimmen die Mitglieder des Sozialausschusses konkludent zu.

TOP 7. Behandlung von Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

TOP 8. Behandlung von Anträgen

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 9. Behandlung von Anfragen gem. § 24 (2) der Geschäftsordnung

Herr Dr. Kummer teilt mit, dass in Suhl-Nord Wohnungen in Wohnblöcken, die abgerissen werden sollen, leergezogen werden. Davon betroffenen sind überwiegend ältere Mieter. Sie wurden durch eine Wohnungsgesellschaft aufgefordert, die Wohnungen entsprechend der Vorgaben eines Merkblatts der Wohnungsgesellschaft zur Wohnungsabnahme zu übergeben. Das beinhaltet u. a. die Verpflichtung zur Entfernung von Styropor-Kleberresten oder

auch von Fliesen. Hier stellt sich die Frage, nach der Verhältnismäßigkeit dieser Forderung zu dem bevorstehenden Abriss.

Herr Müller sind solche Fälle auch bekannt und er schlägt vor, die Wohnungsgesellschaft seitens des Sozialausschusses schriftlich auf die Situation hinzuweisen und um Prüfung des Sachverhaltes zu bitten.

Frau Leukefeld schlägt vor, mit den Geschäftsführern der Wohnungsgesellschaften das Gespräch zu suchen.

Die Mitglieder des Sozialausschusses sprechen sich für den schriftlichen Hinweis an die Wohnungsgesellschaften GeWO und AWG aus.

Herr Dr. Kummer informiert darüber, dass viele Menschen im Nebenjob putzen gehen. Als Grund dafür benannte der Leiter der Arbeitsagentur Thüringen und Sachsen gegenüber dem MDR die gute wirtschaftliche Lage.

Frau Vestner ist der Auffassung, dass wichtige Themen im Sozialausschuss nicht konsequent bis zum Ende verfolgt werden. Sie betont, dass sie lediglich darauf aufmerksam machen möchte.

Frau Vestner fragt an, ob bei auftretenden Krätze-Fällen in Suhl Vorsorgemaßnahmen geplant sind.

Frau

Leukefeld: fragt an, ob es Fälle in Suhl gibt.

Herr

Turczynski: kann momentan keine Aussage treffen und wird die Anzahl der Fälle in Suhl im Gesundheitsamt erfragen.

Frau

Leukefeld: weist darauf hin, dass jederzeit die Möglichkeit besteht Anfragen und Anträge an den Sozialausschuss zu stellen.

Herr Jähne: fragt an, wie hoch der Quadratmeterpreis für das Gebäude im Rimbachhügel 3 und wie hoch die Auslastung sein wird.

Frau

Leukefeld: hat an dem Rundgang teilgenommen. Sie kann sich allerdings nicht an die genaue Miethöhe erinnern. Sie schlägt vor, die Frage zum bevorstehenden Mieterfest zu stellen.

C) Nichtöffentlicher Teil (TOP 10 – 12)

Frau Leukefeld schließt die Sitzung um 18:55 Uhr.

I. Leukefeld
Vorsitzende
des Sozialausschusses

F. Keiner
beauftragte Mitarbeiterin der
Stadtverwaltung für den Sozial-
ausschuss
Protokollantin